

Sachdokumentation:

Signatur: DS 757

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/757



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016

Georg Lutz und Florence Lebert

unter Mitarbeit von Daniel Kübler, Thomas Milic, Oliver Lipps

Lausanne, Aarau, Luzern; Januar 2017

FORS 
explore.understand.share.

zde |
Zentrum für
Demokratie
Aarau

LINK
INSTITUT

Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der VOTO-Webseite verfügbar: www.voto.swiss. Die Fragebogen und Rohdaten sind für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktor ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

PD Dr. Oliver Lipps, FORS (oliver.lipps@fors.unil.ch)

Dr. des. Florence Lebert, FORS (florence.lebert@fors.unil.ch)

Urs Aellig, LINK (urs.aellig@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Daniela Schempp, LINK (daniela.schempp@link.ch)

Autoren dieser Studie

Georg Lutz und Florence Lebert, FORS

unter Mitarbeit von Daniel Kübler und Thomas Milic, ZDA Aarau, und Oliver Lipps, FORS

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Trad8 Agence de traduction Sàrl (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Georg Lutz und Florence Lebert (2017). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse	4
2. Die Beteiligung	6
3. Die Meinungsbildung.....	9
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>9</i>
<i>Die Bedeutung der Vorlage.....</i>	<i>9</i>
<i>Der Entscheidzeitpunkt und die Verständnisschwierigkeiten.....</i>	<i>10</i>
<i>Die Informiertheit.....</i>	<i>11</i>
<i>Die Informationsgewinnung.....</i>	<i>11</i>
4. Der Stimmentscheid	13
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>13</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>15</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>18</i>
Anhang.....	21
<i>Die Datenerhebung</i>	<i>21</i>
<i>Zur Repräsentativität der Stichprobe</i>	<i>22</i>
<i>Zur Gewichtung</i>	<i>22</i>
<i>Zur Inferenz</i>	<i>22</i>
<i>Tabellen.....</i>	<i>23</i>

1. Die wichtigsten Ergebnisse

Atomausstiegsinitiative: Nein trotz klarer Ablehnung der Atomkraft

Die Atomausstiegsinitiative spaltete die Schweiz in zwei Lager mit sehr unterschiedlichen Motiven. Bei den Gegnerinnen und Gegnern war es in erster Linie der durch die Initiative vorgegebene Zeitplan, der zu einem Nein führte. Bei den Befürwortenden standen Sicherheitsbedenken und die Kritik an der Atomenergie generell an vorderster Stelle. Die Ablehnung der Initiative kam zustande, obwohl insgesamt eine klare Mehrheit der Stimmenden gegen Atomenergie ist. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'578 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 27. November 2016. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA Aarau und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Zweifel über den von der Initiative vorgegebenen Zeitplan zum Atomausstieg führten am 27. November 2016 zu einem *Nein* zur Atomausstiegsinitiative. Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative gaben dies als häufigstes Motiv für ihren Entscheid an. 82% unter ihnen stimmten dem Argument zu, der Zeitplan der Initiative sei unrealistisch und schiesse über das Ziel hinaus. Weiter spielte die Angst vor Lücken in der Stromversorgung eine Rolle für die Ablehnung.

Das *Nein* ist dennoch bemerkenswert, weil die Atomenergie im Allgemeinen auf breite Ablehnung stösst. Insgesamt 76% der Stimmenden sagten, sie seien für eine Schweiz ohne Atomenergie. Selbst 63% der *Nein*-Stimmenden wie auch die Mehrheit der Sympathisierenden aller Parteien gaben an, sie seien gegen Atomenergie.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative nannten Sicherheitsbedenken und die grundsätzliche Haltung gegen die Atomenergie als Hauptmotive für ihr *Ja*. Die Sicherheitsfrage spaltete die Stimmenden fundamental: 85% der Initiativbefürwortenden meinten, die Initiative führe zu mehr Sicherheit. Bei den Gegnerinnen und Gegnern waren es 25%. Weiter wurde als Motiv für die Zustimmung die ungelöste Frage der Entsorgung des Atom Mülls genannt – ein Argument, das während der Kampagne kaum zu hören war.

Beim Entscheid zur Atomausstiegsinitiative ist ein deutlicher Links-Rechts-Gegensatz erkennbar. Fast alle Sympathisierenden der GPS waren für die Initiative und bei der SP und der GLP waren es immer noch 70%. Bei der FDP und der SVP legten hingegen nur 20% ein *Ja* in die Urne. Eher für die Initiative waren Personen unter 50 Jahren und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss.

Die Abstimmungsvorlage

An der Abstimmung vom 27. November 2016 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine einzige Vorlage zu befinden: die von der Grünen Partei Schweiz 2011 lancierte und 2012 eingereichte Initiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“. Diese Initiative wurde mit einem *Nein*-Stimmenanteil von 54% verworfen.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA Aarau und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 29.11. und dem 17.12.2016 1'578 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 812 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 433 in der Romandie und 333 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden zufällig aus dem Stichprobenregisters des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 19,3 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit der Zahl der Befragten und auch der Verteilung der Befragten.

2. Die Beteiligung

Am 27. November 2016 stimmten die Schweizer Stimmberechtigten über die Initiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“ ab. Die Stimmbeteiligung lag mit 45% im Durchschnitt der letzten Jahre.

Tabelle 2-1 zeigt, dass die Stimmbeteiligung wie bei früheren Abstimmungen von verschiedenen soziodemografischen Merkmalen wie dem Geschlecht, dem Alter oder dem Bildungsstand abhing. Zum Beispiel stieg die Beteiligung mit zunehmendem Alter an: Während sie bei den 18- bis 29-Jährigen bei 31% lag, nahmen 57% der über 69-Jährigen an der Abstimmung teil. Weiter hatte auch der Bildungsstand einen Einfluss auf die Beteiligung. Während 38% der Personen ohne nachobligatorische Bildung an der Abstimmung teilnahmen, waren es bei denjenigen mit dem höchsten Bildungsstand (Tertiärabschluss) 54%.

Betrachtet man die Beteiligung nach Geschlecht, wird deutlich, dass mehr Männer (51%) als Frauen (40%) an der Abstimmung teilgenommen haben. Wie weiter unten ausführlicher diskutiert werden wird, ist der Beteiligungsunterschied zwischen den Männern und Frauen vermutlich darauf zurückzuführen, dass den Frauen der Stimmentscheid bei dieser Abstimmung besonders schwer fiel.

Tabelle 2-1: Beteiligung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	45	1578	
Geschlecht			V = 0.11***
Männer	51	777	+/-3.1
Frauen	40	801	+/-3.3
Alter			V = 0.20***
18-29 Jahre	31	200	+/-6.9
30-39 Jahre	29	146	+/-8.1
40-49 Jahre	41	260	+/-5.8
50-59 Jahre	50	301	+/-5.1
60-69 Jahre	54	313	+/-4.7
70 Jahre und älter	57	358	+/-4.3
Bildungsstand			V = 0.13***
Ohne nachobligatorische Bildung	38	182	+/-7.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	674	+/-3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	50	325	+/-4.8
Fachhochschule/Uni/ETH	54	390	+/-4.2

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die der Stichprobenfehler auch ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramérs V ausgewiesen. Cramérs V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Neben den soziodemografischen Merkmalen spielten auch das Interesse an Politik sowie die politische Ausrichtung der Stimmberechtigten eine Rolle dabei, ob sie sich an die Urnen begeben haben. Wie zu

erwarten war, nahm die Beteiligung mit steigendem Interesse an Politik zu. 9% der Stimmberechtigten, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren, nahmen an der Abstimmung vom 27. November 2016 teil. Unter den Personen, die sich *eher* oder *sehr* für Politik interessieren, steigt dieser Anteil auf 52% respektive 77% an.

Wenn nur über eine einzelne eidgenössische Vorlage abgestimmt wird, kann erwartet werden, dass das Thema der Vorlage Personen mit einer bestimmten politischen Ausrichtung besonders stark mobilisiert. Tatsächlich war dies für die aus dem links-grünen Lager stammende Atomausstiegsinitiative der Tendenz nach der Fall: Mit 69% war die Stimmbeteiligung unter der Anhängerschaft der GLP am höchsten, gefolgt von den Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen Partei (58%). Ebenfalls überdurchschnittlich hoch war die Stimmbeteiligung bei der Anhängerschaft der FDP (56%), der SP (53%) sowie der CVP (52%). Demgegenüber gelang es der SVP (39%) weniger gut, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren.

Stufen die Stimmberechtigten ihre politische Ausrichtung auf einer Skala von ganz links (0) bis ganz rechts (10) ein, so fällt auf, dass die Stimmbeteiligung derjenigen, die sich exakt in der Mitte lokalisieren, mit 40% geringer ausfällt als bei den restlichen Stimmberechtigten.

Danach gefragt, wie oft die Befragten an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen, gaben sie im Durchschnitt an, an sieben von zehn Abstimmungen teilzunehmen. 66% derjenigen, die häufig oder immer an eidgenössischen Urnengängen teilnehmen (7-10 von 10 Abstimmungen), partizipierten auch an der Abstimmung vom 27. November 2016. Dieser Anteil lag bei Stimmberechtigten, die ungefähr an der Hälfte der Abstimmungen teilnehmen (4-5/10) bei 15% und bei denen, die nie oder nur selten abstimmen (0-3/10), bei 5%.

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	45	1578	
Politisches Interesse			V = 0.40***
sehr interessiert	77	343	+/-3.2
eher interessiert	52	784	+/-3.0
eher nicht interessiert	23	332	+/-5.4
überhaupt nicht interessiert	9	114	+/-8.1
Parteisympathie			V = 0.17***
FDP	56	270	+/-5.2
CVP	52	176	+/-6.5
SP	53	265	+/-5.2
SVP	39	245	+/-6.0
GLP	69	72	+/-8.7
Grüne	58	85	+/-8.6
andere Partei	39	81	+/-10.3
keine	30	354	+/-5.2
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.09*
Links aussen (0-2)	55	122	+/-7.4
Links (3,4)	51	284	+/-5.1
Mitte (5)	40	559	+/-3.9
Rechts (6,7)	51	358	+/-4.5
Rechts aussen (8-10)	51	156	+/-7.0

55% der Stimmberechtigten haben nicht an der Abstimmung zur Atomausstiegsinitiative teilgenommen. Ihnen wurden bei der Befragung Gründe für die Nicht-Teilnahme vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Eine relative Mehrheit – 43% der Abstinenten – gab an, aufgrund von Krankheit, Ferien oder anderen Gründen verhindert gewesen zu sein. Es hatte sich jedoch bereits in früheren Abstimmungsanalysen gezeigt, dass Befragte bei der Angabe von Abstinenzgründen dazu tendieren, sozial erwünschte Antworten zu geben. Denn selbst 15% der Personen, die angaben, *nie* an Abstimmungen teilzunehmen, erklärten, bei der Abstimmung vom 27. November 2016 bloss verhindert gewesen zu sein. Weiter gaben 28% der Befragten an, nicht an der Abstimmung teilgenommen zu haben, weil sie der Überzeugung waren, dass es auf ihre einzelne Stimme nicht ankomme. 24% der Nicht-Teilnehmenden konnten sich nicht entscheiden, 23% blieben den Urnen fern, weil sie davon ausgingen, dass das Abstimmungsergebnis im Vornherein klar war und 22% bekannten, sich nicht für das Abstimmungsthema zu interessieren. Jeweils 20% der Nicht-Teilnehmenden stimmten den Aussagen zu, dass Abstimmungen sowieso nichts änderten und dass das Abstimmungsthema zu kompliziert sei.

Der Tendenz nach gaben Frauen etwas häufiger als Männer an, nicht an der Abstimmung teilgenommen zu haben, weil sie das Abstimmungsthema kompliziert fanden und sich nicht entscheiden konnten. Männer hingegen nannten häufiger den Grund, dass das Abstimmungsergebnis für sie bereits feststand.

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	43
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	28
Entscheidungsunsicherheit	24
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	23
Desinteresse am Abstimmungsthema	22
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	20
Abstimmungsthema war zu kompliziert	20

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 485. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

3. Die Meinungsbildung

Die Ausgangslage

Im Juni 2011, d.h. rund zwei Monate nach dem Atomunglück von Fukushima in Japan lancierte die Grüne Partei Schweiz die Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)». Das Ziel der Initiative bestand darin, den Betrieb von Atomkraftwerken zu verbieten sowie die Laufzeit bestehender Atomkraftwerke auf 45 Jahre zu beschränken. Drei der fünf in der Schweiz betriebenen Atomkraftwerke hätten 2017 ausser Betrieb genommen werden müssen, das letzte Atomkraftwerk wäre 2029 vom Netz gegangen. Für die Initiative sprachen sich GPS, SP, GLP, EVP sowie Umweltverbände wie der WWF und Greenpeace aus, dagegen stellten sich SVP, FDP, CVP, BDP, EDU sowie economiesuisse und der Gewerbeverband.

Die Initiantinnen und Initianten argumentierten, dass die Schweiz die ältesten Atomkraftwerke der Welt betreibe und der fixe Ausstiegstermin Sicherheit und Klarheit schaffe. Durch Förderung erneuerbarer Energien könne der Ausfall der Atomkraftwerke kompensiert und damit die Versorgungssicherheit gestärkt werden. Zudem würden durch die Energiewende auch Arbeitsplätze geschaffen.

Bundesrat und Parlament stellten sich gegen die Initiative mit dem Argument, dass die Abschaltfrist zu knapp sei, die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen würde, die Versorgungssicherheit gefährdet sei und erhebliche finanzielle Risiken mit einer frühen Abschaltung verbunden wären.

Das Stimmvolk verwarf das Begehren mit einem Anteil von 54.2 Prozent Nein-Stimmen. Für die Initiative stimmten die beiden Basel sowie vier Kantone der Romandie (Genf, Jura, Neuenburg, Waadt), während alle anderen Kantone die Initiative ablehnten.

Die Bedeutung der Vorlage

Die Teilnehmenden wurden gebeten, die Bedeutung der Vorlage für sie selbst auf einer Skala zwischen 0 («überhaupt nicht wichtig») und 10 («sehr wichtig») einzustufen. Die Atomausstiegsinitiative erzielte einen Wert von 7.4 Punkten. Im Vergleich zur letzten eidgenössischen Abstimmung mit Werten von 6.1 bis 7.1 ist dies ein eher hoher Wert. Am 25. September 2016 hatte die Schweizer Stimmbevölkerung über die Initiative „Grüne Wirtschaft“, die AHVplus-Initiative sowie das Nachrichtendienstgesetz befunden. Der Initiative „Grüne Wirtschaft“, die ebenfalls aus dem Links-Grünen Lager kam, hatten die Befragten mit einem Durchschnittswert von 6.1 die geringste Bedeutung beigemessen. Damals massen 59% der Stimmenden der Initiative „Grüne Wirtschaft“ eine hohe bis sehr hohe Bedeutung zu. Mit 81% ist dieser Anteil für die Atomausstiegsinitiative deutlich höher. Diese Diskrepanz kann vermutlich dadurch erklärt werden, dass die Initiative „Grüne Wirtschaft“ eher abstrakte Ziele für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft bis 2050 setzte. Die Atomausstiegsinitiative hingegen gab klare Ziele zum Betrieb von Atomkraftwerken vor, die bereits 2017 hätten umgesetzt werden müssen. Diese zeitliche Nähe könnte die höhere Betroffenheit der Stimmenden ausgelöst haben.

Die Parteisympathie spielte eine nicht unerhebliche Rolle bei der Bedeutungsbeimessung. Die höchsten Bedeutungswerte wurden der Vorlage von den Anhängerschaften der Grünen Partei (8.7) und der SP (7.9) zugewiesen, die geringsten Werte von Seiten der Sympathisantinnen und Sympathisanten der FDP und der EVP (je 6.8). Die Werthaltungen der Befragten hatten ebenfalls einen Einfluss darauf, welche Bedeutung der Atomausstiegsinitiative beigemessen wurde. Stimmende, die sich eine Schweiz wünschen, in der dem Umweltschutz höhere Bedeutung zukommt als dem wirtschaftlichen Wohlstand und die ohne Atomenergie auskommt, empfanden die Atomausstiegsinitiative persönlich als besonders wichtig.

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Atomausstiegsinitiative im Vergleich mit der Initiative „Grüne Wirtschaft“ (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Stimmenden)

Bedeutungsniveau	«Grüne Wirtschaft» Abstimmung vom 25.09.2016	Atomausstiegsinitiative Abstimmung vom 27.11.2016
sehr gering (0,1)	5	2
gering (2-4)	20	7
mittel (5)	16	11
hoch (6-8)	42	50
sehr hoch (9,10)	17	31
Total	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	6.1 (1041)	7.4 (1057)

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Der Entscheidzeitpunkt und die Verständnisschwierigkeiten

Die Befragten sollten angeben, zu welchem Zeitpunkt sie sich entschieden haben und ob sie Schwierigkeiten hatten, die Abstimmungsvorlage zu verstehen. Wie Tabelle 3-2 zeigt, war der Stimmentscheid für eine grosse Mehrheit der Stimmenden schon sehr früh gefallen: Insgesamt 63% gaben an, dass ihre Entscheidung von Anfang an fest stand. 30% trafen ihre Entscheidung während des Abstimmungskampfes und weitere 7% entschieden sich erst im letzten Moment. Verglichen mit den Männern entschieden sich die Frauen häufiger erst während des Abstimmungskampfes oder im letzten Moment. Nur für 56% unter ihnen war die Entscheidung von Anfang an klar und mehr als doppelt so viele Frauen als Männer entschieden sich erst im letzten Moment.

Im Vergleich mit der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 2016 trafen die Stimmenden ihre Entscheidung zur Initiative für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie eher früh. Damals waren die Stimmentscheide nur für knapp die Hälfte der Stimmenden von Anfang an klar und rund 17% konnten sich erst im letzten Moment entscheiden.

Tabelle 3-2: Entscheidzeitpunkt nach Geschlecht (in % der Stimmenden)

Entscheidzeitpunkt	Total	Männer	Frauen
von Anfang an klar	63	69	56
während dem Abstimmungskampf	30	26	34
im letzten Moment	7	4	10
Total	100	100	100

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 0.5%) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Stimmenden wurden gefragt, ob es ihnen eher leicht oder eher schwer gefallen war, zu verstehen, worum es bei der Atomausstiegsinitiative ging. Insgesamt 88% der Stimmenden gaben zur Antwort, dass es ihnen eher leicht gefallen ist. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Atomausstiegsinitiative um eine leicht nachvollziehbare Vorlage handelte, die der Stimmbevölkerung vergleichsweise geringe Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung bereitete. Die Analyse zeigt jedoch auch, dass es Frauen im Vergleich zu Männern häufiger schwer fiel, die Abstimmungsvorlage nachzuvollziehen.

Die mühevollere Entscheidungsfindung der Frauen und die weiter oben beschriebenen Gründe der Nicht-Teilnahme könnten erklären, warum die Frauen bei der Abstimmung für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie an den Urnen untervertreten waren.

Tabelle 3-3: Verständnisschwierigkeiten nach Geschlecht (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Total	Männer	Frauen
eher leicht	88	92	83
eher schwer	12	8	17
keine Angabe, weiss nicht	<1	<1	<1
Total	100	100	100

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informiertheit

Um zu erfassen, wie gut die Stimmenden über das Abstimmungsthema informiert waren, haben wir für den Grad der Informiertheit einen Index entwickelt. Dieser Index der vorlagenspezifischen Informiertheit setzt sich aus der Frage nach den Abstimmungsthemen und der Motivfrage zusammen und wurde wie folgt erhoben: Wer das jeweilige Abstimmungsthema zu nennen vermochte, erhielt einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substantielle Angabe machte (*weiss nicht* und *keine Antwort*) erhielt 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angab, erhielt 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angab – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhielt 2 Punkte. Insgesamt waren demnach maximal 3 Punkte möglich. Um die Kriteriumsvalidität zu überprüfen, wurde der Informiertheitsindex mit dem politischen Interesse verglichen. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen Informiertheit und politischem Interesse. Spearmans Rangkorrelationskoeffizient beträgt .39.

Im Durchschnitt erzielten die Stimmenden einen Informiertheitswert von 2.6 Punkten. Im Vergleich mit der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 2016 waren sie gut informiert und wiesen denselben Wert auf wie für die AHVplus-Initiative.

Hinsichtlich der Atomausstiegsinitiative hatten 68% der Stimmenden ein sehr hohes, 27% ein eher hohes und 5% ein tiefes oder eher tiefes Informiertheitsniveau. Die hohe Informiertheit der Stimmenden könnte darauf zurückzuführen sein, dass bei der aktuellen Abstimmung nur über eine einzige Abstimmungsvorlage entschieden wurde. Dies ermöglichte es den Stimmenden, sich ganz auf ein Thema zu konzentrieren.

Tabelle 3-4: Vorlagenspezifische Kenntnisse (in % der Stimmenden, n = 1'062)

Informiertheitsniveau	Atomausstiegsinitiative
sehr tief (0 Punkte)	1
eher tief (1 Punkte)	4
eher hoch (2 Punkte)	27
sehr hoch (3 Punkte)	68
Total	100
Arithmetischer Mittelwert	2.6

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informationsgewinnung

Die Stimmenden wurden dazu befragt, ob sie sich häufiger über klassische Printmedien und das Fernsehen über das politische Geschehen informieren oder ob sie dazu hauptsächlich das Internet nutzen. Eine grosse Mehrheit (70%) gab an, häufiger Printmedien oder das Fernsehen zu nutzen. 11% nannten das Internet als Hauptinformationsquelle und weitere 19% nutzen die on- und offline-Medien in etwa zu gleichen Teilen. Dies spiegelte sich auch wider bei der Informationsgewinnung zur Abstimmung über die Atomausstiegsinitiative. Wir haben die Befragten zu einer Vielzahl von möglichen

Informationsquellen gefragt, wie stark sie diese nutzten. Tabelle 3-5 zeigt, wie gross der Anteil der Stimmenden war, die die jeweilige Informationsquelle genutzt haben und in welcher Intensität dies geschah (für die Erhebung der Nutzungsintensität wurden diejenigen unberücksichtigt gelassen, die angaben, die betreffende Informationsquelle *gar nicht* genutzt zu haben). Die grösste Beachtung fanden mit einem Anteil von 92% der Stimmenden die Zeitungsartikel. Das Bundesbüchlein erhielt zwar eine etwas geringere Beachtung (87%), jedoch war die Nutzungsintensität auf einer Skala von 1 bis 10 mit 6.8 Punkten statistisch signifikant höher als die der Zeitungsartikel (6.4 Punkte). Zu den Informationsquellen, die vergleichsweise selten genutzt wurden, zählten Mitteilungen am Arbeitsplatz (35%), Filme und Videoclips im Internet (33%) sowie soziale Medien wie Facebook oder Twitter (27%).

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 1'029-1'062)

Informationsquelle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität
Artikel in Zeitungen	92	6.4
Das Bundesbüchlein	87	6.8
Abstimmungssendungen am Fernsehen	79	6.2
Abstimmungszeitungen oder Flyers	72	5.2
Inserate in Zeitungen	67	4.7
Abstimmungssendungen am Radio	67	5.3
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	66	4.9
Strassenplakate	59	3.7
Meinungsumfragen	58	4.4
News-Seiten im Internet	55	5.2
Mitteilungen am Arbeitsplatz	35	4.6
Filme und Videoclips im Internet	33	3.5
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	27	4.0

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

4. Der Stimmentscheid

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Beim Entscheid gab es Unterschiede nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen, die allerdings, wie bei vielen Abstimmungen üblich, nicht allzu extrem ausgeprägt waren (für weitere Auswertungen siehe die Tabellen im Anhang). Frauen stimmten der Initiative etwas häufiger zu als Männer. Befragte unter 50 Jahren stimmten mehrheitlich *Ja*, während die über 49-jährigen Stimmenden mehrheitlich ein *Nein* einlegten. Zwischen den Altersgruppen waren die Differenzen im Stimmverhalten jedoch wenig ausgeprägt, mit der Ausnahme der über 69-Jährigen. Bei diesen stimmte nur knapp ein Drittel der Befragten der Initiative zu. Anders ausgedrückt: den Initiantinnen und Initianten gelang es nicht, die Jungen in ausreichender Zahl für sich zu gewinnen, um damit die mehrheitliche Ablehnung bei den Älteren zu kompensieren. Deutliche Unterschiede gab es nach Bildungsstand. Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss (Fachhochschule/Universität/ETH) stimmten der Initiative mehrheitlich zu, Personen mit einem tieferen Bildungsabschluss waren mehrheitlich gegen die Initiative.

In dieser Befragung hatten wir auch die Frage gestellt, ob der Haushalt Ökostrom kaufe, auch wenn dieser teurer ist als normaler Strom. Immerhin 28% der Befragten gaben an, dass ihr Haushalt Ökostrom beziehe. Diese Haushalte, die also bereit sind einen Mehrpreis für „sauberen“ Strom zu bezahlen, wiesen einen Ja-Anteil von 57% auf. Personen, deren Haushalt kein Ökostrom bezieht oder die nicht wissen, welche Art Strom ihr Haushalt bezieht, stimmten hingegen mehrheitlich *Nein* zur Initiative.

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	46	1062	
Geschlecht			V = 0.08**
Männer	43	569	+/-4.1
Frauen	49	493	+/-4.4
Alter			V = 0.15***
18-29 Jahre	53	113	+/-9.2
30-39 Jahre	52	74	+/-11.4
40-49 Jahre	55	164	+/-7.5
50-59 Jahre	46	207	+/-6.8
60-69 Jahre	48	235	+/-6.4
70 Jahre und älter	32	269	+/-5.8
Bildungsstatus			V = 0.14***
Ohne nachobligatorische Bildung	44	107	+/-9.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	418	+/-4.8
Maturität/höhere Berufsbildung	42	236	+/-6.4
Fachhochschule/Uni/ETH	57	295	+/-5.6
Bezug von Ökostrom			V = 0.15***
Ja	57	293	+/-5.6
Nein	40	605	+/-4.0
Weiss Nicht	44	158	+/-7.8

Sehr ausgeprägt waren die Unterschiede nach politischen Merkmalen (Tabelle 4-2). Beim Stimmverhalten offenbarte sich ein klarer Links-Rechts-Gegensatz, der bei vielen Abstimmungen zu beobachten ist. Bei Stimmenden, die sich linksausser oder links positionieren, war der Ja-Anteil am höchsten. Bei denen, die sich in der Mitte positionieren überwog bereits der Nein-Anteil und unter denen, die sich rechts oder rechtsausser einstufen, überwog der Nein-Anteil deutlich.

Das entsprechende Bild zeigt sich, wenn der Stimmentscheid nach Parteisympathie aufgeschlüsselt wird. Obwohl die Initiative laut Umfragen im Vorfeld auf breite Akzeptanz stiess, zeigte sich bei der Analyse des Stimmentscheids ein typisches Muster. Sympathisierende der GPS sagten fast ausschliesslich *Ja*, bei GLP und SP waren es über 70%. Bei der CVP war bereits eine Mehrheit gegen die Initiative ebenso bei Personen ohne Parteisympathie. Der CVP gelang es damit, auch ihre eigenen Sympathisierenden mehrheitlich zu einem *Nein* zu bewegen. Sehr deutlich fiel die Initiative bei Sympathisantinnen und Sympathisanten von FDP und SVP durch: Nur rund je 20% waren für die Initiative.

Aufschlussreich ist die Frage, wie das Vertrauen in diverse Institutionen auf den Stimmentscheid wirkte. Anders als bei früheren Abstimmungen war das Vertrauen in den Bundesrat wenig relevant und zeigte nicht in die erwartete Richtung, wonach jene mit hohem Vertrauen in die Regierung auch deren Empfehlung folgten und die Initiative mehrheitlich ablehnten. Jene, die hohes Vertrauen in den Bundesrat angaben, stimmten der Initiative sogar eher zu, als jene, die geringeres Vertrauen in den Bundesrat angaben.

Das Vertrauen in Organisationen, die direkt in den Abstimmungskampf involviert waren, wies hingegen einen Zusammenhang mit dem Ja-Anteil in die erwartete Richtung auf. Wer hohes Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft oder in Stromkonzerne nannte, lehnte die Initiative deutlicher ab. Wer hingegen hohes Vertrauen in Umweltverbände hatte, stimmte der Initiative häufiger zu.

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	46	1062	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.45***
Linksausser (0-2)	91	95	+/-6.5
Links (3,4)	76	206	+/-5.6
Mitte (5)	42	355	+/-5.2
Rechts (6,7)	28	263	+/-5.6
Rechtsausser (8-10)	16	111	+/-7.2
Parteisympathie			V = 0.49***
FDP	18	193	+/-6.0
CVP	39	127	+/-8.6
SP	79	195	+/-5.5
SVP	20	154	+/-6.7
GLP	71	59	+/-10.9
Grüne	98	67	+/-2.9
andere Partei	45	51	+/-13.9
keine	42	199	+/-7.0
Vertrauen in Institutionen			
Bundesrat			V = 0.08*
sehr gering bis mittel (0-5)	38	368	+/-5.0
hoch (6,7)	46	502	+/-4.0
sehr hoch (8-10)	50	694	+/-3.3

Schweizer Wirtschaft			V = 0.27***
sehr gering bis mittel (0-5)	65	272	+/-5.5
hoch (6,7)	46	405	+/-4.9
sehr hoch (8-10)	28	359	+/-4.9
Umweltverbände			V = 0.26***
sehr gering bis mittel (0-5)	29	299	+/-5.4
hoch (6,7)	43	416	+/-4.8
sehr hoch (8-10)	66	323	+/-5.1
Stromkonzerne			V = 0.25***
sehr gering bis mittel (0-5)	57	493	+/-4.3
hoch (6,7)	40	354	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	17	175	+/-6.6

Die Motive

Wir haben in der Befragung offen erhoben, was die wichtigsten Gründe für ein *Ja* bzw. *Nein* waren. Dabei konnten die Befragten auch mehrere Gründe nennen. Diese verschiedenen Gründe wurden anschliessend nach einem Codeschema manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig Gründe als erstes genannt wurden und wie häufig die Gründe insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurden.

Bei den **Motiven für ein Ja** war wie zu erwarten der Sicherheitsaspekt am wichtigsten. 37% der Ja-Stimmenden nannten als Erstmotive Sicherheitsaspekte oder dass sie generell gegen Atomkraft seien. Insgesamt 58% der Ja-Stimmenden nannten Sicherheit als einen Grund für ihren Ja-Entscheid. In dieser Gruppe dominierten die folgenden Nennungen: Die Gefahren der Atomkraft, der Umstand, dass man schon immer gegen Atomenergie gewesen sei und die Angst vor einer Atomkatastrophe.

Umweltschutz sowie die Frage der Entsorgung des Atommülls waren für 21% der Ja-Stimmenden erstgenannter Grund für ihren Ja-Entscheid. Am wichtigsten war dabei der Aspekt, dass die Atommülllagerung noch nicht geklärt sei. 10% der Ja-Stimmenden nannten diesen Grund zuerst, 24% der Ja-Stimmenden nannten diesen Grund insgesamt. Mit der ungeklärten Entsorgung des Atommülls ist damit ein Argument weit oben auf der Liste der Ja-Motive, das in der Abstimmungskampagne kaum eine Rolle gespielt hat.

Diverse Bezüge zur Energiepolitik machten 22% der Erstnennungen und 25% aller Nennungen aus. Wichtig war in dieser Gruppe von Gründen vor allem der Aspekt, dass durch den Ausstieg alternative Energien gefördert würden.

Interessant ist hier, welche Gründe nicht oder nur vereinzelt genannt wurden. Die Frage nach den Kosten des Atomausstiegs und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch erneuerbare Energien wurde von den Ja-Stimmenden kaum genannt. Den Initiantinnen und Initianten ist es demnach nicht gelungen, ihr Argument, dass der Atomausstieg auch förderlich für die Wirtschaft sei und neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien schaffe, glaubhaft und wirksam zu vermitteln.

Tabelle 4-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Sicherheit/Anti-AKW	37		58	
Atomkraftwerke sind gefährlich/hohes Risiko	13	65	21	103
War schon immer gegen Atomenergie	7	33	8	36
Angst vor Atomunfall/Umweltkatastrophe	6	28	12	56
Atomkraftwerke der Schweiz sind zu alt	4	18	8	37
Anderer/allgemeiner Bezug zur Sicherheit	3	16	4	21
Atomausstieg sollte nicht länger hinausgezögert werden	2	10	3	13
Atomenergie nicht mehr zeitgemäss/Auslaufmodell	1	7	3	14
Umwelt/Atommüll	21		44	
Entsorgung von Atommüll nicht geklärt	10	50	24	115
Anderer/allgemeiner Bezug zur Umwelt	6	28	8	40
Für zukünftige Generationen	4	18	10	48
Atomenergie ist schlecht für die Umwelt	1	7	2	8
Energiepolitik	22		25	
Atomausstieg fördert den technologischen Fortschritt/alternative Energien	9	44	21	99
Auch ohne Atomenergie genügend Energieressourcen vorhanden	6	28	11	55
Konkretes Ausstiegsdatum macht Druck	4	20	8	36
Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien	3	13	4	20
Anderer/allgemeiner Bezug zur Machbarkeit/Versorgungssicherheit	0	2	2	11
Diverse Motive	20		37	
Zeichen setzen/Protest/Denkzettel	5	24	6	28
Persönliche Betroffenheit	3	14	5	23
Weitere Motive	12		26	
Total	100	483	185	839

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Motiven für ein Nein** stand vor allem jener Aspekt im Zentrum, den auch die Initiativgegnerinnen und -gegner in den Vordergrund ihrer Kampagne gerückt hatten: Das Timing für den Ausstieg sei falsch und die neuen Technologien noch nicht so weit. 54% der Nein-Stimmenden nannten einen dieser Gründe an erster Stelle und 70% nannten einen dieser Gründe mindestens einmal. In dieser Gruppe von Motiven wurde der kurze Zeitrahmen am häufigsten genannt. 43% der Nein-Stimmenden fanden den Atomausstieg überstürzt (37% bei den Erstnennungen). 15% nannten als Hauptgrund, dass der technologische Wandel noch nicht so weit sei (23% insgesamt).

Wichtiges Motiv für ein *Nein* war auch die Furcht vor Lücken in der Stromversorgung. Diese war zwar bei den Erstnennungen nur bei 18% der Befragten relevant, aber insgesamt befürchteten 42% der Nein-Stimmenden Auswirkungen auf die Stromversorgung. Am wichtigsten war, dass Strom aus dem Ausland importiert werden müsse sowie die Angst vor Stromengpässen.

Kosten und Sicherheit von Arbeitsplätzen waren als Motive nicht primär. 4% der Erstnennungen bezogen sich auf Kosten und Arbeitsplätze und diese Motive wurden von 15% der Nein-Stimmenden insgesamt genannt. In dieser Gruppe war vor allem der Bezug zu den Kosten allgemein relevant. Ebenfalls nur selten genannt wurde die Problematik von Alternativen zum Atomstrom. In der Endphase der Kampagne stellten die Gegnerinnen und Gegner nochmals in den Vordergrund, dass die Initiative zur Folge hätte, dass man dreckigen Kohlestrom produzieren müsse, um den Atomstrom zu kompensieren. Dieses Motiv wurde von den Nein-Stimmenden in der Nachbefragung hingegen nur vereinzelt genannt.

Tabelle 4-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Merkmale	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Timing Atomausstieg	54		70	
Atomausstieg wäre überstürzt/zu kurzer Zeitrahmen	37	209	43	243
Wir sind in technologischer Hinsicht noch nicht so weit/nicht genügend alternative Energieressourcen	15	83	23	129
Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates ist realistischer/besser	3	15	5	27
Stromversorgung	18		42	
Stromausfälle oder Stromengpässe	9	53	14	82
Schweiz müsste Strom aus dem Ausland importieren	7	40	22	127
Abhängigkeit vom Ausland	2	11	5	27
Kosten/Arbeitsplätze	4		15	
Strom aus dem Ausland ist teuer	1	4	2	10
Stromkosten würden wegen Stromknappheit ansteigen	0	2	1	8
Arbeitsplätze würden verloren gehen	1	3	1	6
Atomkraftwerkbetreiber könnten Schadenersatzforderungen stellen	0	3	1	6
Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen verursacht hohe Kosten	0	2	1	6
Anderer/allgemeiner Bezug zu Kosten	1	8	8	47
Problematische Alternativen	2		13	
Atomenergie ist umweltverträglicher als fossile Brennstoffe (z.B. Kohle)	0	1	2	9
„Dreckige“ Alternativen	0	0	8	46
Anderer/allgemeiner Bezug zur Umwelt	2	9	3	20
Andere Motive				
Empfehlung des Bundesrates	4	21	6	31
Diverse Motive	18		31	
Total	100	568	176	998

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Nach der Abstimmung dominierten zwei Themen die politische Debatte zur Energiepolitik: Die Energiestrategie 2050 und die Frage nach dem Atomausstieg generell.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Energiestrategie 2050 wollten das *Nein* zur Initiative als klares Signal zugunsten der Energiestrategie 2050 gewertet wissen. Die Energiestrategie 2050 des Bundes wurde allerdings nur vereinzelt als Nein-Motiv genannt. Nur 5% der Nein-Stimmenden lehnten die Atomausstiegsinitiative explizit ab, weil sie die Energiestrategie 2050 für die bessere Alternative

hielten. Die Motivnennungen lassen demnach die Interpretation nicht zu, dass die Energiestrategie 2050 für den Abstimmungsentscheid relevant war. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die Befragung nach der Abstimmung stattfand und man vermuten könnte, dass die Debatte nach der Abstimmung das Antwortverhalten beeinflussen könnte. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass für die meisten Befragten der Atomausstieg bzw. seine Machbarkeit und nicht die möglichen Alternativen im Vordergrund standen und auch die Meinungsbildung zur Energiestrategie 2050 – einem relativ komplexen Massnahmenpaket – in der Bevölkerung noch wenig weit fortgeschritten ist.

Ebenfalls debattiert wurde, ob denn die 54% Nein-Stimmen als Vertrauensvotum für die Atomenergie zu werten seien. In diesem Zusammenhang haben wir die Frage gestellt, wie man generell zur Atomenergie stehe. Ihr Wortlaut ist der folgende: „Möchten Sie eine Schweiz mit Atomenergie oder eine Schweiz ohne Atomenergie?“. Insgesamt gaben 76% der Stimmenden an, eher oder voll und ganz für eine Schweiz ohne Atomenergie zu sein (Tabelle 4-5). 48% sind gar voll und ganz für eine Schweiz ohne Atomenergie. Nur 24% sind für eine Schweiz mit Atomenergie. Unter den Ja-Stimmenden sind nur wenige für eine Schweiz mit Atomenergie und auch unter den Nein-Stimmenden ist eine deutliche Mehrheit von über 60% für eine Schweiz ohne Atomenergie.

An den klaren Mehrheitsverhältnissen zur Frage der Atomenergie, die es seit Fukushima gibt, hat sich damit nichts verändert. Eine Mehrheit gegen Atomenergie ergibt sich zudem bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten aller Parteien, die an der Abstimmung vom 27. November 2016 teilgenommen haben: Bei der GPS sind 95% der Anhängerschaft generell gegen Atomenergie, bei der GLP und der SP gegen 90%. Bei der CVP sind es 80% und auch bei der FDP und der SVP sind über 60% der Parteisympathisantinnen und -sympathisanten gegen Atomenergie.

Dabei stellt sich die Frage, was denn nun bei jenen, die eigentlich für einen Atomausstieg sind, ausschlaggebend war, trotzdem *Nein* zu stimmen. Dabei zeigt sich, dass die verschiedenen Nein-Motive in dieser Gruppe von Stimmenden ähnlich verteilt waren wie beim Rest. Einzig das Motiv, dass der Ausstieg überstürzt sei, wurde in dieser Gruppe etwas häufiger genannt.

Tabelle 4-5: Haltung zur Atomenergie insgesamt und nach Ja-/Nein-Entscheid im November

	Alle Stimmenden in %	Ja-Stimmende in %	Nein-Stimmende in %
Schweiz <u>mit</u> Atomenergie	24	8	37
Voll und ganz dafür	8	4	11
Dafür	6	1	10
Eher dafür	10	2	17
Schweiz <u>ohne</u> Atomenergie	76	92	63
Eher dafür	14	7	20
Dafür	15	11	18
Voll und ganz dafür	48	74	25
Total	100	100	100
<i>n</i>	1052	486	566

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden jeweils auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4-6). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, welche Aspekte für den Entscheid besonders relevant waren.

Das **Pro-Argument**, dass ein schneller Atomausstieg für mehr Sicherheit Sorge, fand bei einer knappen Mehrheit (53%) der Stimmenden Zustimmung. Allerdings war die Zustimmung sehr unterschiedlich

zwischen den Ja-Stimmenden, die zu 85% meinten, die Sicherheit werde erhöht, und den Nein-Stimmenden, die diesem Argument nur zu 25% zustimmten. Die Frage der Sicherheit, die seit jeher eine Glaubensfrage pro bzw. kontra Atomkraftwerke ist, spaltete auch in diesem Fall die Stimmenden und prägte den Abstimmungsentscheid zur Atomausstiegsinitiative stark.

An die Machbarkeit des Atomausstiegs glaubten insgesamt fast zwei Drittel der Stimmenden, wobei auch hier die Machbarkeit des Atomausstieges bei den Ja-Stimmenden mit 86% deutlich höher eingeschätzt wurde als bei den Nein-Stimmenden. Bei diesen stimmten weniger als die Hälfte diesem Argument zu. Dem Argument der Befürwortenden, dass ein verbindliches Ausstiegsdatum die Grundlage für Investitionen in erneuerbare Energien schaffe, stimmten die Befragten sowohl insgesamt (77%) wie auch die Ja-Stimmenden (93%) und sogar die Nein-Stimmenden (62%) klar zu. Insgesamt ist die Bevölkerung mehrheitlich der Meinung, dass es Alternativen zur Atomanergie gäbe, was stimmig ist mit der Einstellung, dass eine Mehrheit eine Schweiz ohne Atomenergie befürwortet.

Bei den abgefragten **Kontra-Argumenten** gab es bei allen Fragen deutliche Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden. Bei den Nein-Stimmenden fanden 82%, der Zeitplan sei unrealistisch und 81% meinten, die Versorgungssicherheit sei bei einem schnellen Atomausstieg gefährdet. Bei den Ja-Stimmenden sahen nur 26% den Zeitplan als problematisch und 20% sorgten sich um die Versorgungssicherheit. Diese beiden Argumente waren auch insgesamt mehrheitsfähig.

Das Argument, dass Atomstrom gut für den Klimaschutz sei, weil sonst vermehrt Strom mit Kohlekraftwerken produziert werden müsse, fand hingegen insgesamt keine Mehrheit. 51% lehnten dieses Argument ab. Bei den Nein-Stimmenden fand dieses Argument Zustimmung bei 66%, bei den Ja-Stimmenden nur bei 21%.

Tabelle 4-6: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Ein schneller Atomausstieg sorgt für mehr Sicherheit.“	Total	53	46	2
	Ja-Stimmende	85	13	2
	Nein-Stimmende	25	73	2
„Der geordnete Atomausstieg ist machbar, weil die Schweiz genügend grosse erneuerbare Energieressourcen hat“	Total	64	35	2
	Ja-Stimmende	86	13	1
	Nein-Stimmende	45	53	2
„Ein verbindliches Ausstiegsdatum schafft die Grundlage für Investitionen in erneuerbare Energien.“	Total	77	20	4
	Ja-Stimmende	93	4	3
	Nein-Stimmende	62	33	5
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Der Zeitplan von der Initiative ist unrealistisch und schießt über das Ziel hinaus.“	Total	56	40	4
	Ja-Stimmende	26	69	5
	Nein-Stimmende	82	15	4
„Atomstrom ist gut für den Klimaschutz, weil sonst vermehrt Strom mit Kohlekraftwerken produziert werden muss.“	Total	46	51	3
	Ja-Stimmende	21	75	3
	Nein-Stimmende	66	31	3
„Mit dem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie setzen wir die Versorgungssicherheit aufs Spiel.“	Total	53	45	2
	Ja-Stimmende	20	78	2
	Nein-Stimmende	81	17	2

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 53 % aller Stimmenden (sowie 85 % aller Ja-Stimmenden bzw. 25 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach ein schneller Atomausstieg für mehr Sicherheit Sorge, bei 46 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 2 % antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1062, Ja-Stimmende 485, Nein-Stimmende 576.

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 27. November 2016, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Forschungszentrum FORS in Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurde. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORS und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 29. November und dem 17. Dezember 2016 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war FORS unter der Mitarbeit des ZDA zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten kleineren Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1'578 Befragte, wovon 51 Prozent aus der Deutschschweiz (n=812), 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=433) und 21 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=333) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 19,3 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland verzogene)	4942	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1812	37	
Total Adressen mit gültiger Tel. Nr.	3130	63	100
Nicht erreicht (non contact)	627	13	20
Kontakt hergestellt	2503	51	80
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	925	19	30
Total Interviews	1578	32	50

Zur Repräsentativität der Stichprobe

Die soziodemographische Repräsentativität der Stichprobe wird durch den Stichprobenrahmen und das Stichprobenziehungsverfahren gewährleistet. Die am Urnengang Teilnehmenden sind indessen deutlich übervertreten, die Abweichung (24.0 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen. Die Abweichungen beim materiellen Stimmentscheid bei der Atomausstiegsinitiative betragen +3.3 Prozentpunkte.

Zur Gewichtung

Zum einen wurde eine Designgewichtung verwendet, um die designbedingte Verzerrung (disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. Zum zweiten wurde eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden soziodemographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fliesst neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der soziodemographischen Variablen aus dem Register berechnet. Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten noch an die tatsächliche Wahlbeteiligung und den tatsächlichen Stimmentscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 27. November 2016 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	45	1578	
Geschlecht			V = 0.11***
Männer	51	777	+/-3.1
Frauen	40	801	+/-3.3
Total	45	1578	
Alter			V = 0.20***
18-29 Jahre	31	200	+/-6.9
30-39 Jahre	29	146	+/-8.1
40-49 Jahre	41	260	+/-5.8
50-59 Jahre	50	301	+/-5.1
60-69 Jahre	54	313	+/-4.7
70 Jahre und älter	57	358	+/-4.3
Total	45	1578	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.16***
1. Quartil (≤3'200 CHF)	37	365	+/-5.0
2. Quartil (3'201 – 4'600 CHF)	43	345	+/-4.9
3. Quartil (4'601 – 6'200 CHF)	47	299	+/-5.1
4. Quartil (>6'200 CHF)	58	332	+/-4.3
Total	46	1341	
Bildungsstatus			V = 0.13***
Ohne nachobligatorische Bildung	38	182	+/-7.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	674	+/-3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	50	325	+/-4.8
Fachhochschule/Uni/ETH	54	390	+/-4.2
Total	45	1571	
Erwerbsstatus			V = 0.18***
Selbständig	56	113	+/-7.7
Angestellter	41	665	+/-3.6
Andere Erwerbspersonen	29	77	+/-11.2
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	51	78	+/-9.6
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	56	511	+/-3.6
Hausfrau/Hausmann	36	110	+/-9.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	22	22	+/-21.3
Total	45	1576	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.09*
Links aussen (0-2)	55	122	+/-7.4
Links (3,4)	51	284	+/-5.1
Mitte (5)	40	559	+/-3.9
Rechts (6,7)	51	358	+/-4.5
Rechts aussen (8-10)	51	156	+/-7.0
Total	47	1479	
Parteisympathie			V = 0.17***
FDP	56	270	+/-5.2
CVP	52	176	+/-6.5
SP	53	265	+/-5.2
SVP	39	245	+/-6.0
GLP	69	72	+/-8.7
Grüne	58	85	+/-8.6
andere Partei	39	81	+/-10.3
keine	30	354	+/-5.2
Total	45	1548	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.10***
sehr gering bis mittel (0-5)	38	368	+/-5.0
hoch (6,7)	46	502	+/-4.0
sehr hoch (8-10)	50	694	+/-3.3
Total	45	1564	
Politisches Interesse			V = 0.40***
sehr interessiert	77	343	+/-3.2
eher interessiert	52	784	+/-3.0
eher nicht interessiert	23	332	+/-5.4
überhaupt nicht interessiert	9	114	+/-8.1
Total	45	1573	

Tabelle 0-3: Ja-Stimmenanteil vom 27. November 2016 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	46	1062	
Geschlecht			V = 0.08**
Männer	43	569	+/-4.1
Frauen	49	493	+/-4.4
Total	46	1062	
Alter			V = 0.15***
18-29 Jahre	53	113	+/-9.2
30-39 Jahre	52	74	+/-11.4
40-49 Jahre	55	164	+/-7.5
50-59 Jahre	46	207	+/-6.8
60-69 Jahre	48	235	+/-6.4
70 Jahre und älter	32	269	+/-5.8
Total	46	1062	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.07
1. Quartil ($\leq 3'200$ CHF)	41	209	+/-6.8
2. Quartil ($3'201 - 4'600$ CHF)	50	235	+/-6.4
3. Quartil ($4'601 - 6'200$ CHF)	56	213	+/-6.6
4. Quartil ($> 6'200$ CHF)	44	263	+/-6.1
Total	47	920	
Bildungsstatus			V = 0.14***
Ohne nachobligatorische Bildung	44	107	+/-9.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	418	+/-4.8
Maturität/höhere Berufsbildung	42	236	+/-6.4
Fachhochschule/Uni/ETH	57	295	+/-5.6
Total	46	1056	
Erwerbsstatus			V = 0.12*
Selbständig	54	86	+/-10.5
Angestellter	48	415	+/-4.8
Andere Erwerbspersonen	49	43	+/-14.9
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	52	59	+/-12.9
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	37	388	+/-4.9
Hausfrau/Hausmann	61	60	+/-12.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	60	10	+/-32.0
Total	46	1061	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.45***
Links aussen (0-2)	91	95	+/-6.5
Links (3,4)	76	206	+/-5.6
Mitte (5)	42	355	+/-5.2
Rechts (6,7)	28	263	+/-5.6
Rechts aussen (8-10)	16	111	+/-7.2
Total	46	1030	
Parteisympathie			V = 0.49***
FDP	18	193	+/-6.0
CVP	39	127	+/-8.6
SP	79	195	+/-5.5
SVP	20	154	+/-6.7
GLP	71	59	+/-10.9
Grüne	98	67	+/-2.9
andere Partei	45	51	+/-13.9
keine	42	199	+/-7.0
Total	45	1045	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.08*
sehr gering bis mittel (0-5)	46	219	+/-6.6
hoch (6,7)	50	344	+/-5.3
sehr hoch (8-10)	43	497	+/-4.4
Total	46	1060	
Politisches Interesse			V = 0.09*
sehr interessiert	54	303	+/-5.6
eher interessiert	41	579	+/-4.1
eher nicht interessiert	47	149	+/-8.0
überhaupt nicht interessiert	43	27	+/-19.1
Total	46	1058	